

Wahlprüfstein DIE LINKE

Arbeitskreis Gentechnik-Freies Metzingen/Emstal

Gentechnik in der Landwirtschaft

Fragegruppe 1:

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass durch Wind und Insekten die Pollen gentechnisch veränderter Pflanzen auch in Nachbarfelder eingetragen werden und so die Ernte gentechnikfrei arbeitender Landwirte verunreinigen.

- **Wer soll für die wirtschaftlichen Schäden der gentechnikfrei arbeitenden Landwirte haften, wenn sich der „Genbauer“ an die noch zu definierenden Regeln der guten fachlichen Praxis gehalten hat?**
- **Bis zu welcher Höhe soll der gentechnikfrei arbeitende Landwirt Ihrer Meinung nach entschädigt werden und wer hat die Beweislast und die Prozesskosten zu tragen?**

Neben der Atomenergie ist die Agro-Gentechnik der einzige Wirtschaftszweig, bei welchem sich Versicherungen weigern, eine Absicherung zu gewährleisten. Sie sehen zu hohe Risiken. Das sagt eigentlich schon alles! DIE LINKE fordert: hier ganz klar ein Vorgehen nach dem Verursacher- und Nutzerprinzip. Damit sollten also nicht nur die Landwirtschaftsbetriebe haften, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen, sondern eben auch die Agrar- und Saatgutkonzerne, die den Landwirtinnen und Landwirten die Agro-Gentechnik erst schmackhaft gemacht haben. Eine Begrenzung der Entschädigungshöhe ist nicht angemessen. Die Analysekosten gentechnischer Verunreinigungen sowie mögliche Prozesskosten vor Gericht müssten auch vom Verursacher getragen werden – eigentlich auch die Kosten zur Vermeidung von Agro-Gentechnik, und das selbst dann, wenn es zu keiner Kontamination kommt. Doch die Realität sieht leider anders aus: Die Agro-Gentechnik verteuert die konventionelle und ökologische Produktion, auch ohne Verunreinigungen zu verursachen.

Fragegruppe 2:

Gentechnisch manipulierte Pflanzen sollen künftig verstärkt auch als Rohstoffe für die Chemie- und Pharmaindustrie genutzt werden.

- **Wie stehen Sie zur Freisetzung solcher Pflanzen?**
- **Würden Sie den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen forcieren, wenn diese nicht für den Verzehr durch Menschen und Nutztiere bestimmt sind?**

Die LINKE lehnt den Anbau im Freien von gentechnisch veränderten Pflanzen als nachwachsende Rohstoffe für die Chemie- und Pharmaindustrie ab. Schon vor zwei Jahren wurde auf die ökologischen und gesundheitlichen Risiken vom Büro für Technikfolgenabschätzung des Bundestages (TAB) hingewiesen. Die Sach- und Gefährdungslage hat sich seitdem nicht geändert. Potentielle ökologische Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen (GVP) sind völlig unabhängig von ihrer späteren Verwendung. Natürlich sind bei Pflanzen, die auch an Tiere oder Menschen verfüttert werden sollen, noch weitere Risiken zu berücksichtigen, aber auf dem Acker bestehen die gleichen Probleme. Wir wissen nicht, was mit dem Bodenleben geschieht. Wir müssen beobachten, welche Wirkung auf so genannte Nicht-Ziel-Organismen mit dem Anbau der GVP verbunden ist. Koexistenzprobleme bestehen ebenfalls unabhängig vom Verwendungszweck. DIE LINKE

spricht sich deshalb gegen die Nutzung transgener Pflanzen aufgrund des Risikos insgesamt aus – egal ob für den Teller, den Futtertrog oder den Tank!

Fragegruppe 3:

Der Anbau von gentechnisch verändertem Mais der Sorte MON 810 ist in der EU derzeit zugelassen. Mehrere EU-Länder haben ein nationales Anbauverbot für MON 810 Mais erlassen, da sie negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt befürchten. Diese Anbauverbote sind der EU-Kommission ein Dorn im Auge und sollen gekippt werden.

- **Werden Sie das Recht einzelner Mitgliedsstaaten auf ein nationales Anbauverbot für transgene Pflanzen unterstützen?**
- **Wie werden Sie sich als EU-Abgeordneter für die nationalen Anbauverbote einsetzen?**

JA! Nationale Anbauverbote sind ein legitimes Mittel um dem Vormarsch der Agro-Gentechnik ein deutliches Stopp-Schild entgegen zu setzen. Bundesagrarministerin Aigner hat ein solches Schild am 14.4.2009 auch in Deutschland aufgestellt. Mit nationalen Anbauverboten sind wir allerdings alles andere als auf der sicheren Seite: Sie werden von der EU-Kommission in Frage gestellt, von manchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als politische Einmischung kritisiert und sind ihren schwarz-gelben politischen Unterstützerinnen und Unterstützern ein Dorn im Auge. Daher dürfen sie nur ein erster Schritt sein: Hin zu einem Europa ohne GVP!

Fragegruppe 4:

Erstmals seit 1998 sollen zwei neue gentechnisch veränderte Maissorten in der EU zum Anbau zugelassen werden (Maislinien 1507 von Pioneer und Bt11 von Syngenta).

- **Werden Sie die Zulassung neuer transgener Pflanzen für den Anbau in Europa unterstützen?**
- **Setzen Sie sich dafür ein, die beantragte Zulassung abzulehnen?**
- **Was können und werden Sie tun, um die Zulassung neuer gv-Pflanzen zum Anbau in der EU zu verhindern?**

DIE LINKE spricht sich generell gegen die Agro-Gentechnik aus. Das schließt auch die beiden Genmais-Linien 1507 und Bt11 mit ein. Um die Zulassung weiterer GVP in der EU zu verhindern, muss das EU-Zulassungsverfahren dringend so überarbeitet werden, dass die hohen Hürden des Vorsorgeprinzips für eine Zulassung erfüllt werden. Bei den aktuell entwickelten GVO ist das nicht der Fall. Wir brauchen ein transparentes, demokratisches und wirklich unabhängiges EU-Zulassungsverfahren. Momentan sind wir weit davon entfernt!

Fragegruppe 5:

Monsanto hat neue gentechnisch veränderte Sojasorten entwickelt, die noch keine Zulassung in der EU haben. Diese Sorten werden in anderen Ländern dennoch angebaut. Da die sogenannte friedliche Koexistenz nur auf dem Papier besteht, finden sich in Soja immer häufiger Spuren von nicht zugelassener Gv-Soja. Nach derzeit gültiger Rechtslage darf diese Soja nicht in die EU importiert werden, sobald Spuren des nicht zugelassenen gv-Sojas festgestellt werden. Im April 2008 forderte der Deutsche Bauernverband deshalb die Aufhebung der Null-Toleranz für in der EU noch nicht zugelassene GVO-Sorten.

- **Sollen die entsprechenden gv-Soja Sorten nun möglichst schnell in der EU zugelassen werden, damit die GVO-Verunreinigung der Sojaimporte kein Importhindernis mehr darstellt?**
- **Befürworten Sie das Festlegen einer Toleranzschwelle für nicht zugelassene GVO-Sorten oder bestehen Sie auf der geltenden Nulltoleranz?**

NEIN! DIE LINKE spricht sich ganz klar für die Beibehaltung der so genannten „Null-Toleranz“ aus. Wir wollen diese gv-Soja nicht in der EU haben – auch nicht nur „ein kleines bisschen“. Wer Soja in die EU importieren möchte, der muss seine gesamte Produktionskette so organisieren, dass die GVO-Freiheit gesichert werden kann. Die einheimische Produktion von Futtermitteln

kann ein weiterer Schritt sein, die Futtermittelimporte einzudämmen und damit auch das Risiko durch GVP zu verkleinern.

Fragegruppe 6:

In verschiedenen Studien und Fernsehberichten wird darauf hingewiesen, dass die Risikoabschätzung der Europäischen Zulassungsbehörde EFSA unzureichend ist. Weiter wird die enge personelle Verbindung zwischen der EFSA und den entsprechenden Saatgutfirmen bemängelt.

- **Was würden Sie am Zulassungsverfahren ändern?**
- **Wie sehen Sie die personelle Besetzung der EFSA?**
- **Und was würden Sie an der personellen Besetzung der EFSA ändern ? Warum?**

Die direkte personelle Besetzung der EFSA möchte ich nicht bewerten, auch wenn einige der dazu vorgelegten Informationen sehr bedenklich stimmen. Entscheidend ist allerdings, dass ein wirklich transparentes, demokratisches und unabhängiges Zulassungsverfahren aufgebaut wird. Die Verquickung von Wirtschaftsinteressen und der EFSA wurde von verschiedenen Seiten angeführt und muss – wenn zutreffend – unbedingt ausgeschlossen bzw. geändert werden.

Fragegruppe 7:

In einer Ratsentschließung (ohne gesetzliche Wirkung) vom 04.12.2008 des EU-Ministerrats wird die EU-Kommission aufgefordert, schnellstmöglich Grenzwerte für die gentechnische Verunreinigung von herkömmlichem Saatgut vorzulegen. Bisher gilt noch die Nulltoleranz für GVO-Verunreinigungen im Saatgut. Die Organisation Save our Seeds hat berechnet, was eine Toleranzschwelle von 0,3% GVOs im Saatgut bedeuten würde. Ohne reines Saatgut wäre eine gentechnikfreie Landwirtschaft nicht möglich.

- **Ab welchem Grenzwert sollte mit GVO-Spuren verunreinigtes Saatgut nach Ihrer Meinung gekennzeichnet werden?**
- **Wie können und werden Sie sich als Abgeordnete des Europaparlaments für das absolute Reinheitsgebot bei Saatgut einsetzen?**

DIE LINKE spricht sich für die Null-Toleranz aus. Gentechnikfreies Saatgut muss auch weiterhin gentechnikfrei sein. Daher lehnen wir jedes Schwellenwert ab, welcher über der technisch machbaren Nachweisgrenze liegt. Die Zukunft der gentechnikfreien Landwirtschaft und Imkerei hängt vom gentechnikfreien Saatgut ab. Das gilt es zu verteidigen!

Fragegruppe 8:

In einem Bericht zum Vorschlag der EU-Kommission über „neuartige Lebensmittel“ fordert das Europäische Parlament jetzt erstmals eine Kennzeichnung aller Produkte (Fleisch, Milch, Eier) von Tieren, die mit Gentechnik gefüttert wurden. Produkte von geklonten Tieren will es ganz verbieten.

- **Wie werden Sie diesen Vorschlag unterstützen?**

DIE LINKE spricht sich für eine umfassende Kennzeichnung im Zusammenhang mit der Agro-Gentechnik aus. Das bezieht sich unbedingt auch auf die tierischen Produkte. Die Vermarktung Fleisch geklonter Tiere (wie in den USA möglich) lehnt eine breite Mehrheit in der EU ab – so auch DIE LINKE. Überhaupt sind Patente auf Lebewesen und natürlich vorkommende Stoffe und Strukturen aus unserer Sicht inakzeptabel.

Fragegruppe 9:

Nicht nur Lebensmittel werden gentechnisch verändert angebaut. Auch gv-Baumwolle wird in großem Stil angebaut (ca. 13% aller gv-Pflanzen sind Baumwollpflanzen) der Naturschutzbund NaBu fordert eine Kennzeichnungspflicht für Kleidung aus gv-Baumwolle.

- **Wie beurteilen Sie eine Kennzeichnungspflicht für gv-Baumwolle?**
- **Werden Sie die Forderung des NaBu unterstützen?**
- **Wenn „Ja“, wie? Wenn „Nein“, warum nicht?**

DIE LINKE spricht sich auch bei nicht zur Verwendung als Lebens- oder Futtermittel genutzten GVP für eine klare Kennzeichnung aus. Schon aus dem Grund, dass die ökologischen Risiken und Abhängigkeiten von den Saatgutkonzernen unabhängig von der Verwendung der Pflanze sind. Also muss auch GV - Baumwolle für Kleidung gekennzeichnet werden. Dasselbe gilt für Stärkeprodukte, die aus gentechnisch veränderten Kartoffeln gewonnen werden sollen. Die Forderung des NABU ist daher angemessen und sollte dringend auf europäischer Ebene debattiert werden. Vor Allem vor dem Hintergrund, dass erstens weltweit sehr viel Bt-Baumwolle angebaut wird und zweitens die sozialen Folgen dieses Anbaus (z.B. die Selbstmorde in Indien) besorgniserregend sind.

Fragegruppe 10:

- **Wo kaufen Sie überwiegend Ihre Lebensmittel ein?**

Da ich auch aus rein ökologischen, wirtschaftlichen und vielleicht auch „patriotischen“ Gründen regionale Wirtschaftskreisläufe unterstütze, kaufe ich sehr viele Produkte aus der Region und diese dann natürlich auch in der Region. Dazu gehören bei mir sehr viele Produkte aus Brandenburg und besonders aus dem Spreewald.